

Danksagung für die Verleihung des Publizistik-Preises  
der Friedrich-August-von Hayek-Stiftung  
Freiburg im Breisgau, 11. März 2018

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
sehr geehrte Kuratoriumsmitglieder,  
sehr geehrte Damen und Herren,

lieber Professor Di Fabio, vielen Dank für diese besondere Würdigung meiner Arbeit als Journalistin, Ihre Laudatio macht mich fast sprachlos. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung halten wir es eher mit dem Spruch: „Nicht geschimpft, ist genug gelobt.“

Die Auszeichnung mit dem Publizistik-Preis der Hayek-Stiftung freut und ehrt mich wirklich sehr. Hinzu kommt dieser ganz besondere Ort, das Historische Kaufhaus, vor dem ich als junge Studentin oft vorbeigeschlendert bin, beeindruckt von der Schönheit des Münsterplatzes. Der Name Friedrich August von Hayek sagte mir damals, 1979, allerdings noch nichts. Ich hatte mit der Indologie ein exotisches Studienfach gewählt, wie ich nach und nach merkte, auf der Basis unzureichender Information und einiger Illusionen. Den Kopf zerbrach ich mir über die Grammatik des Sanskrits, nicht über die Bedeutung von Markt und Wettbewerb, über wirtschaftliche Freiheit und die dafür nötigen Voraussetzungen. Dass der Staat diese Freiheit beschränkt, war mir eigentlich nur beim Ladenschluss bewusst. Abends war um 18 Uhr oder 18.30 Uhr zu, samstags um 14 Uhr, also praktisch kurz nachdem man als Student so richtig wach geworden war.

Zum Studentenleben gehörte die Telefonzelle, sie war das Nadelöhr zum Kontakt mit der weiten Welt. Mein Untermietzimmer im idyllischen Günterstal hatte natürlich keinen eigenen Telefonanschluss. Die Deutsche Post hatte eine flächendeckende Versorgung mit Telefonanschlüssen erst für 1985 in Aussicht gestellt. Oft stand ich abends daher ungeduldig frierend Schlange vor der Zelle in der Dorfstraße, hoffend, dass der Vordermann wenig Kleingeld haben möge. Um dann, wenn ich dran war, hektisch nachzuwerfen, möglichst ohne den Gesprächsfaden zu verlieren, wenn die Münzen wieder durchfielen. Das schien mir aber keine staatliche Schikane, sondern unabänderlich.

Vier Jahrzehnte später, bin ich - wie Sie alle hier - schlauer: Wir wissen nun, dass es das umfassende staatliche Post- und Telekommunikationsmonopol in Deutschland war, das den technischen Fortschritt jahrzehntelang ausgebremst hat, Kommunikation unnötig erschwerte und verteuerte. Die Post hatte ein gesetzliches Monopol für den Briefdienst und alle Übertragungswege in der Telekommunikation. Noch 1993 gab es in Deutschland kaum Funktelefone, weil sie so extrem teuer waren. Wir haben den Sozialismus in der DDR kritisiert, ihn im eigenen Postwesen aber noch hingegenommen als Japan, die Vereinigten Staaten, Holland und viele andere längst weiter waren.

Warum aber hat die deutsche Politik gezögert, Wettbewerb zuzulassen und aus der Behördenpost privatwirtschaftlich geführte Unternehmen zu machen? Es hieß, wie so oft, die kleinen Leute würden leiden, man müsse sie beschützen. Zwei Postreformen, 1989 und 1994, brachten dann nach und nach doch eine weitreichende Öffnung, wenn auch keine vollständige Privatisierung. Und siehe: Die Preise fürs Telefonieren fielen rasch, die Auswahl an Geräten und Diensten wuchs und eröffnete neue Geschäftsfelder in ganz ungeheurer Dynamik. Die Postreformen waren damit auch der wohl wichtigste Türöffner für die zunehmende Nutzung und Vernetzung immer leistungsfähigerer Computer.

Diese Marktöffnung war und ist verbunden mit einem enormen Gewinn an privater Freiheit durch den preiswerten Zugang zu Informationen für jedermann, durch die neuen Möglichkeiten mit der Welt Kontakt aufzunehmen und in ihr neue Freunde und wirtschaftliche Chancen zu finden. Aus meiner Sicht war die Postreform daher eine zutiefst „soziale“ Reform (wenn ich den von Hayek zu Recht attackierten politischen Kampfbegriff „sozial“ hier ausnahmsweise gebrauchen darf). Die Postreform ist auch eine eindrucksvolle Bestätigung für Hayeks Beschreibung vom „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“.

Zu dieser Postreform kam es freilich nicht, weil die handelnden Politiker plötzlich Hayeks Liberalismus für sich entdeckt hatten, sondern weil sich abzeichnete, dass Deutschland vom wirtschaftlichen Fortschritt in anderen Ländern abgehängt wurde. Erst der Wettbewerbsdruck aus dem Ausland hat die Marktöffnung bei uns erzwungen. Wachsender Wohlstand und gute Beschäftigung sorgen hierzulande leider nicht für wachsendes Vertrauen in die Problemlösungs- und Innovationskraft des Marktes, sondern für überproportional wachsende Ansprüche an staatlichen Schutz und Schirm. So

ist es kein Wunder, dass auch die neue Bundesregierung keinen Grund sieht, die Deutsche Bahn entschieden der Konkurrenz auszusetzen, dass sie die Apotheker vor dem Versandhandel schützt und mit den Mitteln des Arbeitsrechts staatliche Wunschvorstellungen vom idealen Arbeitsplatz erzwingen will, koste es, was es wolle.

Doch auch die Politik der nächsten großen Koalition steht in der heute so erfreulich offenen Welt im Wettbewerb. Auch sie wird daran gemessen werden, was anderswo möglich ist. Deswegen setze ich zusammen mit meinen wunderbaren Kollegen aus der Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung alles daran, diese Offenheit zu verteidigen - und sei es gegen den neuen Kopf-Durch-die-Wand-Protektionisten Donald Trump. Wir werben tagtäglich dafür, noch offener zu werden, mehr zu wagen, beispielgebend voranzugehen, Irrtümer in Kauf zu nehmen, den Staat zu bremsen und sich im Zweifel für den Markt und seine Lösungen zu entscheiden. Die Telefonhäuschen von heute sind ineffiziente technologisch abgehängte Ämter; die Warteschlange beim Facharzt (der noch keine Telesprechstunden abhalten darf); der kartellierte Taximarkt (aus dem der Entrepreneur Uber verbannt bleibt). Es sind überlange Planungsprozesse für jeden Meter staatlicher Infrastruktur oder überzogene Schutzvorschriften für private Bauherrn.

Kürzlich kamen wir im Zentrum von Eisenach an einer umzäunten Brache vorbei. Darin ein großes Schild: „Hier entsteht demnächst: Nichts“. Ein Aufschrei eines entnervten Grundeigentümers, verhakt im offensichtlich jahrelangen Nutzungsclich mit Stadtpolitikern. Wir wissen nicht, wer Recht hat, aber das Ergebnis ist sozialistisch anmutender Stillstand, wo doch gerade hier in der ehemaligen DDR Aufbruch und Erneuerung Not täte.

Wenn ich heute hier in Freiburg stehe, habe ich Irrtümer und Umwege hinter mir. Aus der Indologie wurde Volkswirtschaftslehre, bei allen Widersprüchen dieser Disziplin nicht das schlechteste Rüstzeug, um sich als Journalistin mit der Welt auseinanderzusetzen wie sie ist. Hayek ist mir heute nicht nur ein Begriff, er ist mir ein in dieser Klarheit unerreichter liberaler Kompass, eine Hilfe beim Beobachten einer Politik, die sich oft marktwirtschaftlicher geriert als sie ist.

Die Medaille ehrt mich sehr, mein herzlicher Dank an das Kuratorium der Hayek-Stiftung. Dank gebührt aber auch denen, die meine Arbeit ermöglichen und unterstützen. Zuvorderst meinem Mann, der mich von der Indologie ab- und zur Volkswirtschaftslehre hingebracht hat. Meinen Kindern, die es ertragen haben, dass ihre Mutter sie abends oft nicht ins Bett gebracht hat. Und

natürlich meinen Mentoren bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Hans D. Barbier, der im letzten Jahr verstorben ist, meinem früheren Herausgeber Jürgen Jeske und meinem heutigen Herausgeber Holger Steltzner, der mir die Verantwortung für die wirtschaftspolitischen Kommentare anvertraut hat, die schönste Aufgabe, die ich mir wünschen konnte.

Euch und Ihnen vielen Dank.

Heike Göbel